

PRESSEMITTEILUNG

Anlässlich der seit einiger Zeit geführten Diskussionen über die Religionsbeauftragten, die seitens des Diyanet nach Deutschland geschickt werden und bezüglich der Entwicklungen zu diesem Thema, war es erforderlich, die Öffentlichkeit über folgende Tatsachen aufzuklären.

Über die Presse konnte in Erfahrung gebracht werden, dass am 15.02.2017 in Deutschland in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit der Anweisung der Bundesstaatsanwaltschaft, Wohnungen von vier Religionsbeauftragten aus Bad Godesberg, Fürthensieg, Engelskirchen und Bergneustadt durchsucht wurden. Der deutschen Presse und den Fernsehmedien zu Folge wurden Ermittlungen eingeleitet gegen die Diyanet-Imame, die innerhalb der DITIB-Moscheen tätig sind. Die Ermittlungen beziehen sich auf Behauptungen der Denunzierungen. In diesem Rahmen wurden die Computer zweier Imame beschlagnahmt.

Seit Beginn der Ermittlungen hat sowohl das Präsidium für Religionsangelegenheiten, als auch die DITIB offen dargelegt, dass die Religionsbeauftragten keinesfalls in irgendwelche Bespitzelungsangelegenheiten verwickelt sind. Außerdem hat das Präsidium den deutschen Behörden Informationen vorgelegt, die diese Angelegenheit durchleuchten. In diesem Zusammenhang wurden die 6 Religionsbeauftragten, obwohl sie in keinerlei Bespitzelungsangelegenheiten verwickelt sind, nur zum Beweis des gegenseitigen Vertrauens beider Länder aus Deutschland abgezogen.

Das Schreiben, das angeblich die Grundlage der Anklage bildet, ist eigentlich ein Auszug aus der IX. Eurasien Islam Versammlung. Sie bezieht sich auf das falsche Verständnis, die Ausbeutung und die Ausnutzung der Religion für Gewalt. Mit diesem Schreiben wurde versucht, eine falsche Auffassung zu verbreiten. Es wurde auf diesem Weg versucht, in Deutschland unser Präsidium, unsere Religionsbeauftragten, die Religionsbediensteten der DITIB anzuschwärzen und ihre Beteiligten zu bloßstellen.

Das Präsidium für Religionsbeauftragte hat über 40 Jahre lang vor allem in Deutschland, aber auch in ganz Europa alle türkischstämmigen Muslime dahingehend aufgeklärt, ihren religiösen Pflichten nachzukommen. Das Präsidium war stets darauf bedacht fern zu bleiben von extremen religiösen Auffassung und bezog sich immer auf eine Religion im Lichte der Wissenschaft. Sie hat einen großen Beitrag dazu geleistet, damit das dortige Volk in Frieden und Wohltat mit der dortigen Gesellschaft leben kann. Ihr Beitrag diente auch dazu die gesellschaftliche Sicherheit zu gewährleisten, die Kultur des Zusammenlebens zu unterstützen und die Menschen von Gewalt und Hass fernzuhalten.

Die Zusammenarbeit der Diyanet-DITIB kann auch angesehen werden als Beispiel für ein Deutsch-Türkisches Modell in Bezug auf Religionsdienste zwischen zwei Gesellschaften. Denn die Zusammenarbeit des Präsidiums für Religionsangelegenheiten und der DITIB ist so lebensnotwendig, dass sie niemals zum Thema von diplomatischen, politischen oder ideologischen Manipulationen oder Polemiken gemacht werden kann. Seit 40 Jahren arbeitet das Diyanet der Türkei im Rahmen der internationalen Justiz, der lokale juristischen Normen, der grundlegenden Menschenrechte und der Religionsfreiheit. Sie musste sich bislang noch nie rechtfertigen. So wie sie es bis heute getan hat, wird sie sich auch weiterhin diese Prinzipien bewahren. Es wurde niemals erlaubt, dass ein Religionsbeauftragter einer Tätigkeit nachgeht, die außerhalb seines

Aufgabenbereichs definiert ist. Niemals wurde innerhalb dieser Zeit irgendeine illegal zu bezeichnende Handlung festgestellt.

Es ist nicht zu dulden, dass mit unbegründeten Anschuldigungen Religionsbeauftragte und die Religionsinstitute zum Gegenstand innerer Politik gemacht werden. Das Präsidium für Religionsangelegenheiten ist eine Institution, die auf globaler Ebenen Religionsdienste durchführt, menschliche, wohltätige Dienste durchführt und von allen Schichten, mit denen es eine Beziehung hat, respektiert wird. Es ist ganz offensichtlich, dass es sich bei diesen beleidigenden, ächtenden, diskriminierenden, anschuldigenden Äußerungen und Nachrichten gegen die DITIB, die großflächigste muslimische, zivilrechtliche Organisation in Deutschland, die seit dem Tag ihrer Gründung für nichts anderes arbeitet, als für gesunden Menschenverstand, Anpassung, innere Ruhe und Frieden, um eine unnütze Hetzkampagne handelt. Diese Übertreibungen haben nicht nur die 3 Millionen türkischstämmigen Muslime, die in Deutschland leben, sondern auch mehr als 5 Millionen Muslime seelisch verwundet.

Diese unbegründeten Äußerungen über die Medien, die Nachrichten und Anschuldigungen werden gewiss bei einer Gruppe von Unschuldigen und Gläubigen ein irreparables Trauma verursachen. Solch ein Trauma wird gewiss nicht dienlich sein für den gesellschaftlichen Frieden und die Sicherheit. Es sollte ein Weg bevorzugt werden, der, anstatt solch ein Modell der Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Deutschland von über einem halben Jahrhundert zu zerstören, Erziehung, Kultur, Anpassung und Integration entwickelt, stärkt und wenn vorhandene Mängel behebt. Die Verhinderung von übereilten und nicht sachgemäßen Mitteilungen seitens der Verantwortlichen im politischen und öffentlichen Dienst sollte die Lösung dieser Probleme erleichtern.

Sich einen geistigen Beistand wie die DITIB oder das welterfahrene Diyanet mit samt seiner Erfahrung und seinem Wissen an die Seite zu nehmen, ist keine Schwäche, sondern bringt Vertrauen und Ansehen mit sich. Das Präsidium für Religionsangelegenheiten hat stets die juristischen Normen seines Gegenübers geachtet.

Eines der grundlegendsten Prinzipien des Diyanet ist politische Neutralität im Dienst. Die Religionsbeauftragten sind sehr vorsichtig beim Umgang mit diesem Prinzip.

Das Diyanet hat seit jeher entsprechend seiner religiösen Tradition und seiner Auffassung, radikale Strukturen, terroristische Absichten und Religionsausnutzung von sich getrennt und solche fehlerhaften Gruppierungen stets von sich ferngehalten. Auch bei der DEAŞ, deren Botschaften sich um nichts mit dem friedfertigen Islam decken, und auch bei der FETO, die auf globaler Ebene aktiv ist und sich gegen Recht und Ordnung erhoben hat, handelt es sich um solche Terrororganisationen. Das Diyanet erwartet von allen Kooperationspartnern im In- und Ausland, dass sie gegen solche Terrororganisationen sensibilisieren.

Die vernünftige Entscheidung ist es, von der Tradition, der Erfahrung und von Potenzial des Diyanet und der DITIB zu profitieren, um gegen die Probleme der Welt, wie den Extremismus, den Terror und das Migrationsproblem, anzukommen.

Wir glauben fest daran, dass alle Muslime, die in Deutschland leben, vor allem die türkischstämmigen, aber auch alle anderen vernünftigen, toleranten Menschen, ganz gleich welchem Glauben, welcher Religion sie angehören oder von welcher Herkunft sie sind, letztendlich ohne in Hoffnungslosigkeit und Wut zu geraten, den Weg der Vernunft wählen werden.

Wir sind der Überzeugung, dass alle deutschen Verantwortlichen in allen Ebenen der Bundesregierung und der Bundesländer, alles in ihrer Verantwortung stehende tun werden, um die Erhaltung dieser vierzig jährigen Zusammenarbeit zu bewahren und diesen, die Zukunft beschädigenden, unvernünftigen und unnützen Prozess auf die Beste Art und Weise beenden.

Prof. Dr. Mehmet Görmez

**Vorsitzender des Präsidiums
für Religionsangelegenheiten**